

## Klarstellung zur aktuellen BILD-Berichterstattung

CLAIM setzt sich als breite gesamtgesellschaftliche Allianz mit derzeit 50 Initiativen der Zivilgesellschaft für die allgemeinen Menschenrechte und ein gleichberechtigtes, demokratisches Zusammenleben ein.

**Berlin, 29. November 2022** – In einer kürzlich erfolgten Berichterstattung der Bild-Zeitung werden Mitgliedern der CLAIM-Allianz eine ideologische Nähe sowie personelle Verbindungen zu radikalen islamistischen Bewegungen vorgeworfen. Der Staatsministerin für Integration und Antirassismus-Beauftragten der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, wird in dem Artikel des Weiteren unterstellt, mit ihrer Unterstützung der CLAIM-Allianz Islamisten zu fördern.

Als breites, gesamtgesellschaftliches Bündnis, distanzieren wir uns ausdrücklich von den oben genannten Vorwürfen. **In der CLAIM-Allianz, einem parteipolitisch und konfessionell unabhängigem Bündnis, sind derzeit 50 Initiativen der Zivilgesellschaft miteinander vernetzt.** CLAIM engagiert sich für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Hierbei steht die Allianz ein **gegen Islam- oder Muslimfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus sowie gegen alle weiteren Formen der Diskriminierung und des Rassismus, wie Antisemitismus, Antiziganismus, Anti-Schwarzen-Rassismus, Queerfeindlichkeit und jede Form von Hass und Menschenfeindlichkeit.**

**Festzuhalten ist, dass die Thesen des Artikels, auf denen sich die erhobenen Vorwürfe stützen, ebenso falsch wie alt und aufgewärmt sind. Die Behauptungen werden nach dem gängigen Muster der Kontaktschuld konstruiert und an keiner Stelle durch nachvollziehbare Belege untermauert.** Stattdessen ist in dem Artikel eine Aneinanderreihung von unsachgemäßen Falschannahmen und Schlussfolgerungen zu beobachten.

**Alle Mitglieder der CLAIM-Allianz stehen mit ihrer Mitgliedschaft für die allgemeinen Menschenrechte und die freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit gegen jeglichen politisch oder religiös motivierten Extremismus ein.**

Zu den langjährigen Förderern verschiedener Projekte und Initiativen von CLAIM zählen unter anderem das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Bundeszentrale für politische Bildung. Im Rahmen der inhaltlichen Arbeit kooperiert CLAIM seit vielen Jahren vertrauensvoll mit zahlreichen Kooperationspartnern. Zu diesen zählen auf nationaler und internationaler Ebene etwa das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland oder auch das europäische Netzwerk Facing Facts der Organisation CEJI.

Im Zuge dieser Berichterstattung bedauern wir, dass die Stellungnahme von CLAIM hierzu ganz am Ende des Artikels hinter der Bezahlschranke in verkürzter Form zitiert und nicht in den Artikel integriert wurde, wie es der journalistischen Praxis und einer ausgewogenen Berichterstattung entspricht.

**Zum Zwecke der Transparenz und Klarheit veröffentlichen wir hier die ungekürzte erfolgte Stellungnahme der CLAIM-Allianz:**

*„Unserer Kenntnis nach wird keines der Allianzmitglieder von CLAIM vom Verfassungsschutz beobachtet (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021.html;jsessionid=2AE425B5E69E701122534F321EE825C1.intranet231>).*

*Eine Mitgliedschaft in der CLAIM-Allianz setzt das Wirken im Rahmen des Grundgesetzes voraus und schließt damit eine ideologische Nähe zur Vereinigung der Muslimbruderschaft aus.*

*CLAIM ist eine breite gesamtgesellschaftliche Allianz und setzt sich ein für die allgemeinen Menschenrechte und ein gleichberechtigtes, demokratisches Zusammenleben – ganz im Gegensatz zu Vertretern der Muslimbruderschaft.“*

**Für Rückfragen wenden Sie sich gerne an:**

CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit

Barbara Singh | Kommunikation  
presse@claim-allianz.de  
Friedrichstraße 206 | D- 10969 Berlin  
T +49 30 2887 4567-7